

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/209

30. Oktober 1972

Die CDU/CSU-Konservativen formieren sich schon

In der "Union" bereitet sich der soziale Rückschritt vor

Von Helmut Rohde  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Bindungen des Westberliner Sports zur Bundesrepublik

Auswirkungen des Vier-Mächte-Abkommens sind bilateral abzusichern

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 47 Zeilen

Diktiert die "Union" im Fernsehen?

Pressen und Manipulation für TV-Vorteile der CDU/CSU

Von Lothar Schwartz  
Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 4 und 5 / 97 Zeilen

Kampf gegen eine weltbedrohende Plage

Lehren aus der Entführung einer Lufthansa-Maschine

Seite 6 und 6a / 58 Zeilen

Rhein-Schutz in letzter Minute

Großer Kooperationserfolg der Anliegerstaaten

Von Dr. Werner Best  
Hessischer Landesminister für Umwelt

Seite 7 und 8 / 58 Zeilen

Die CDU/CSU-Konservativen formieren sich schon  
-----

In der "Union" bereitet sich der soziale Rückschritt vor

Von Helmut Rehde

Parlamentarischer Staatssekretär im

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

In der CDU/CSU formiert sich sozialer Rückschritt. Früher als erwartet, lassen die konservativen Kräfte dieser Partei die Katzen aus dem Sack. Offenbar fühlen sie sich von den sie unterstützenden gesellschaftlichen Gruppierungen gedrängt, schon im Wahlkampf sozialpolitisch Farbe zu zeigen. Und die sieht für die Arbeitnehmer düster aus.

Den Anfang machte die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Sozialgesetzlicher Abbau und Verschlechterung des Betriebsverfassungsrechts für die Arbeitnehmer gehören zu den Leitsätzen, die sich diese Gruppe für die nächste Legislaturperiode vorgenommen haben. Unverblümt wurde das in einem langen Papier der Öffentlichkeit mitgeteilt. Signal hat ferner der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Karl-Heinz Narjes gegeben, Wirtschaftsmann in Barzels Schattenmännerkabinett. In einem Interview im "Spiegel" ließ er seinem Unmut über die Gestaltung von öffentlichen Gemeinschaftsaufgaben und öffentlichen Leistungen ungezügelt Lauf.

Was Dr. Narjes im "Spiegel" vorgestellt hat, ist das, was man "rabiato Marktwirtschaft" nennen könnte: sozial unkultiviert, mit wachsender Rücksichtslosigkeit und mit einer erschreckenden Bezugslosigkeit zur öffentlichen Verantwortung.

Soweit es die Gesellschaftspolitik angeht, will sich Dr. Narjes zunehmend am Prinzip der Subsidiarität orientieren. Dazunter verstehen die Konservativen in ongherziger Interpretation nichts anderes als die Absicht, der Sozialpolitik und der sozialen Sicherung enge Grenzen zu setzen. Erst soll der einzelne selbst sehen, wie er durchkommt. So gibt Dr. Narjes in dem "Spiegel"-Interview auch der privaten Altersvorsorge den Vorrang. Für die soziale Rentenversicherung findet er kein gutes Wort.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger operierte auf ähnlicher Linie, als er kürzlich dem Sinn nach erklärte, der Unterschied zwischen SPD und CDU läge vor allem in der Einschätzung der Privatinitiative. Nun muß man wissen, daß die Konservativen darunter ein sogenanntes System der "Selbstvorsorge" verstehen. Wie gesagt: Der einzelne soll zunächst sehen,

wie er, auf private Weise, mit den sozialen Wechselfällen des Lebens fertig wird. Erst dann, wenn er in Not geraten ist, seine eigene Leistungsfähigkeit erschöpft ist und seine Hilfsbedürftigkeit im engen Sinne des Wortes bestätigt wird, soll sich ihm die Sozialpolitik nähern. Sie wird daher in konservativer Sicht zu einer Schadensphilosophie und zur Notstandspolitik reduziert.

Das ist das genaue Gegenteil einer modernen sozialen Sicherungspolitik, die es sich vorgenommen hat, Menschen vor Not und sozialem Abstieg zu bewahren. Wir Sozialdemokraten haben immer wieder deutlich gemacht, daß Sozialpolitik eben nicht erst auf den Trümmerbergen der materiellen und physischen Existenz des Menschen einsetzen könne.

Zu welcher skurilen Gedankengängen diese Art von "Privatisierung" führen kann, hat sich kürzlich übrigens auf einer Tagung unter dem Vorsitz des schleswig-Holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg gezeigt, als einer der Teilnehmer von der "Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos" gesprochen hat. Man muß schon besonders gebaut sein, um zu einer solchen zynischen These im Hinblick auf die Beschäftigungspolitik in unserem Lande zu kommen.

Das Schattenmännerkabinett von Dr. Rainer C. Barzel wirft wirklich seine Schatten in die nächste Legislaturperiode. Es sind die grauen Katzen konservativer Gesellschaftspolitik, die aus dem Sack herausgelassen und für die des Sozialausschüßler Hans Katzers Versprechungen nun schon wieder Stück für Stück in diesen Sack hineingesteckt werden.

Die Signale aus dem CDU/CSU-Lager lassen deutlich werden, daß es für uns in der Zukunft auch darum gehen muß, Erreichtes in der deutschen Sozial- und Gesellschaftspolitik zu sichern und vor Rückschritt zu bewahren.

In dieser Beziehung haben wir unsere Erfahrung. Am 10. November 1965 hatte der damalige Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß der hinter ihm liegende Wahlkampf für Fortschritt und Stabilität geführt worden sei. Zu Heilig Abend 1965 wurde dann im Bundesgesetzblatt ein Haushaltssicherungsgesetz veröffentlicht, mit dem vor der Wahl gesetzlich eingeführte Sozialleistungen wieder gestrichen wurden. Ein Jahr später, Heilig Abend 1966, zeichnete sich die Rezession mit Arbeitslosigkeit und wachsender Kurzarbeit ab.

Der formierten Gruppe der CDU/CSU-Konservativen stehen die breiten Schichten unserer Bevölkerung gegenüber, die ihrerseits ihre konkreten Bedürfnisse als Hüter des sozialen Fortschritts verteidigen müssen.

(-/30.10.1972/ks/oe)

## Bindungen des Westberliner Sports zur Bundesrepublik

---

Auswirkungen des Vier-Mächte-Abkommens sind bilateral abzusichern

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Durch das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin haben auch die Bindungen des Westberliner Sports zum Deutschen Sportbund und dem Nationalen Olympischen Komitee eine positive Beeinflussung erfahren. Die Zugehörigkeit der Westberliner Sportorganisationen zum Deutschen Sportbund - der Landessportbund Berlin ist Gründungsorganisation des Deutschen Sportbundes - und die Außenvertretung durch die Spitzenverbände der Bundesrepublik wurden damit politisch nachdrücklich bestätigt.

Das Internationale Olympische Komitee hat stets Westberlin zum Geltungsbereich des Nationalen Olympischen Komitees betrachtet. Von den internationalen Sportförderungen wurde in der Berlinfrage ebenso verfahren. Bemühungen, eine negative Statusveränderung herbeizuführen, blieben im internationalen Sport ohne Erfolg.

Schwierigkeiten bei der Mitwirkung Westberliner Sportler in Auswahlmannschaften der Bundesrepublik gab es in der Vergangenheit nicht bei internationalen Veranstaltungen unter der Verantwortung des Internationalen Olympischen Komitees oder der internationalen Sportförderungen, sondern bei bilateralen Begegnungen - vorwiegend mit der DDR und den osteuropäischen Ländern.

Die SPD hat nie einen Zweifel an dem Vertretungsrecht der Sportorganisationen der Bundesrepublik für rund 250.000 Westberliner Sportler gelassen, die in fast 900 Vereinen und 50 Verbänden organisiert sind. Da der Sport heute in den internationalen Beziehungen einen besonderen Platz einnimmt, der uns zur Absicherung und rechtlichen Respektierung der Zugehörigkeit des Westberliner Sports zur Bundesrepublik verpflichtet, werden wir dieser Frage weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen. Vor allem bei den weiteren Normalisierungsbemühungen mit den ost- und südosteuropäischen Ländern gewinnt diese sportpolitische Frage an Bedeutung.

Es ist deshalb wichtig, die Position und die Bindungen der Westberliner Organisationen zur Bundesrepublik - und die damit verbundene Außenvertretung - auch in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern abzusichern. Eine solche Haltung kann möglicherweise später aufkommende Mißverständnisse von Beginn an ausschließen.

Ein sinnvolles und politisch realistisches Verfahren könnte eine entsprechende Berlinklausel beim Abschluß von Kulturabkommen sein. Ein solches Abkommen wird beispielsweise gegenwärtig mit Rumänien ausgehandelt. Auf diese Weise würde zugleich das aktive Vertretungsrecht Westberlins durch den Bund wirkungsvoll verdeutlicht.

(-/ 30.10.1972/bgy/ee)

Diskutiert die "Union" im Fernsehen ?  
-----

Pression und Manipulation für TV-Vorteile der CDU-CSU

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Mit Eifer, Unverfrorenheit und leider nicht ohne Erfolg häkeln "Unions"-Politiker und ihre publizistische Hilfstruppen unermüdlich an der Legende von einer Unterstützung der sozial-liberalen Koalition durch das ARD-Fernsehen. Hin und wieder haben ganz forsche Einseitigkeits-Apostel in den Reihen von CDU und CSU sogar die Stirn, diese Behauptung auch auf das Zweite Deutsche Fernsehen und sein Programm auszudehnen. Kritische Bürger und Fernseh-Zuschauer wissen, was sie von dieser Strategie der Verfälschung von Sachverhalten und der Einschüchterung von Mitarbeitern in den Funkhäusern zu halten haben. Trotzdem erscheint es angebracht, den Blick der Öffentlichkeit wiederum auf Tatsachen zu lenken.

1/ In einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks, in dem die CSU u.a. den Intendanten und den Fernseh-Chefredakteur stellt und in den Aufsichtsgremien eine klare Mehrheit hat, wurde am 25. Oktober im ARD-Fernsehen im Rahmen der Reihe "Deutschland vor der Wahl" das Thema Wirtschaft und Finanzen behandelt. Mit seiner geradezu grandiosen Einseitigkeit, die auch vor einer Täuschung des um Mitwirkung gebetenen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen nicht halt machte, mußte sich die Intendantenkonferenz der ARD in Hamburg befassen. Was nach solchen internen Diskussionen ganz selten geschieht, wurde danach Ergebnis. Der ARD-Vorsitzende Helmut Hammerstein (CDU) kündigte vor der Sitzung "eine Prüfung sowie evtl. notwendige Schlussfolgerungen" an. Was ein CDU-Sprecher als "kleinkarierte Polemik" und als "konzentrierten Angriff der Linken" auf den Bayerischen Rundfunk zu kaschieren versuchte, hat sich 24 Stunden später endgültig als handfester Skandal erwiesen:

Unter nachrücklicher Bestätigung des Vorwurfs der Einseitigkeit, die keineswegs nur durch sozialdemokratisch orientierte ARD-Intendanten erfolgt ist, beschuldigte SFB-Intendant Franz Barsig öffentlich die für die Sendung verantwortliche Redaktion in München der Manipulation. Er stellte fest, daß die in der Sendung eingeblendeten "Tagesschau"-Teile nachgedreht worden und daß die dabei unterlegten Texte mit denen der Originalsendungen nicht identisch waren. Wahrlich ein Musterbeispiel an Fälschung, das nicht ohne Konsequenzen bleiben kann.

2/ Unter Mißachtung aller bisherigen - seit 1966 praktizierten - Spielregeln für die Fernsehberichterstattung über Parteitage der im Bundestag vertretenen Parteien haben der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens und im Nachvollzug die ARD-

Intendantenkonferenz die Forderung der CSU erfüllt, eine Sendezeit für ihre letzte Wahlkampf-Mobilmachung am 3. und 4. November bereitzustellen. Die obersten Herren unserer Funkhäuser schlossen sich einer Motivation der CSU an, die - und das mußten die Funkhaus-Chefs eigentlich genau wissen - keine ist. Die CSU - so liessen sie wissen - beanspruche über ihr bereits im Mai bei ihrem wirklichen Parteitag verbrauchtes Kontingent hinaus zusätzliche Sendezeit, weil dies im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl zur Herstellung der Chancengleichheit erforderlich sei.

Sollten die Intendanten und ihre Chefredakteure wirklich nicht gemerkt haben, daß auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1972 in Wiesbaden ein gemeinsames (1) Regierungsprogramm von CDU und CSU verabschiedet worden ist, und daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß - auch im Fernsehen - eine zentrale Rolle bei dieser Veranstaltung gespielt hat? Sollten Sie wirklich ihre sehr problematische Entscheidung ohne Kenntnis der CSU-Planung getroffen haben, am 4. November in München eine Show für das "Führungs-Quartett" von der CDU und CSU abzuziehen und dem deutschen Fernsehpublikum servieren zu lassen? Meinen sie vor dem Hintergrund dieser Fakten allen Ernstes, der CSU einen Nachholbedarf an Verdeutlichung von Aussagen und Programmen gegenüber den Wählern konzederen zu sollen oder - besser gesagt - zu dürfen?

Der Gipfel des Unzumutbaren wird erreicht, wenn in diesem Zusammenhang die ARD-Anstalten die nur in Bayern vorhandene und wählbare CSU bei einem solchen Antrag gar nicht erst an die zuständige Landesrundfunkanstalt verweisen, sondern ohne erkennbares Zaudern grünes Licht für bundesweite Bildschirm-Präsenz geben.

3/ Seit 1961 findet - alle Bundestagswahljahre wieder - eine ungerechtfertigte Begünstigung der CSU bei der Zuteilung von Sendezeiten für die Wahlwerbung der Parteien statt. Der Landesverband der Union namens CSU wird auch dabei - die Justitiare der Fernseh-anstalten plädieren übrigens konsequent dafür - wie eine im ganzen Bundesgebiet wählbare Partei und zwar in der gleichen Größenordnung wie die FDP berücksichtigt. Doch damit nicht genug! Die CSU unterläuft entgegen allen schriftlichen und mündlichen Vereinbarungen auch jetzt wieder die selbstverständliche Fairness, sich denn auch in den Werbespots als selbständige Partei zu gebärden. Am vergangenen Freitag rief CSU-Minister Dr. Heubl im Wahlspot seiner Partei in beiden Fernsehprogrammen nicht etwa nur - wie dies politischer Redlichkeit und Fairness entsprochen hätte - zur Wahl der CSU, sondern im gleichen Atemzug zum Votum für die CDU auf. Mit diesem erneut angewandten Trick, bei dem die mit der Abnahme der angelieferten Spots betrauten Programmverantwortlichen bei der ARD und beim ZDF eigentlich Einspruch geltend machen müßten, erlangt die CDU einen unerlaubten Vorteil in der Wahlwerbung per Bildschirm.

Abschließende Frage, nicht polemisch, aber im guten Sinne und beiderseitigen Interesse provozierend gemeint: Gilt in den Fernsehprogrammen allmählich immer mehr, was CDU und CSU erlauben und was ihnen gefällt?  
(-/30.10.1972/ks/ex)

## Kampf gegen eine weitbedrohende Plage

### Lehren aus der Entführung einer Lufthansa-Maschine

Eigentlich kam es nicht Überraschend. Arabische Terroristen hatten schon unmittelbar nach den tragischen Ereignissen in München und Füssen/oldbruck angekündigt, daß sie alles unternehmen würden, um die auf ihren Prozeß wartenden drei Terroristen zu befreien. Diese Drohungen mußten ernst genommen werden. Menschen, die ihr eigenes Leben gering achten, sind fähig, Schreckliches zu vollbringen. Die deutschen Behörden verschärfte ihre Sicherheitsbestimmungen, sie gingen allen Planspielen nach und bereiteten sich auf alle Eventualitäten vor.

Dennoch konnte der tiefe Schock über die gelungene Entführung einer Lufthansa-Maschine mit ihren 20 Insassen durch zwei zu allem entschlossene Terroristen nicht ausbleiben. Noch sind die Umstände nicht geklärt, wie diese zwei Männer die Sicherheitsbestimmungen umgehen und das Flugzeug in ihre Gewalt bringen konnten. Sie stellten den schnell zusammenberufenen Krisenstab vor eine schwere Entscheidung: Sollte man das Leben der Geiseln in äußerster Gefahr bringen oder gar opfern, um die in Haft befindlichen Terroristen doch noch aburteilen zu können? Man hat sich für die Freigabe der Terroristen entschieden, um das Leben von 20 Menschen zu retten. Es konnte, alles in allem genommen, keine andere Wahl geben.

In Israel hat diese Haltung der deutschen Behörden zu erregten Protesten geführt; es fiel das Wort von einer deutschen Kapitulation. Es wird, bei allem Verständnis für die Lage des bedrohten Israel, vieler Mühe bedürfen, die deutsche Verhaltensweise verständlich zu machen. Die arabischen Terroristen würden es als ihren Triumph ansehen, käme es darüber zwischen Israel und der Bundesrepublik zu größeren Spannungen. Das darf nicht geschehen.

Die Entführung von Flugzeugen durch Terroristen droht sich

zu einer weltweiten Plage auszuweiten. Sie fügt dem Gewebe internationaler Beziehungen schweren, in seinen Folgen unberechenbaren Schaden zu. Was in der Bundesrepublik geschah, geschieht ja täglich auch in anderen Ländern. Sollen Terror und das Gesetz des Dschungels im letzten Drittel dieses geplagten Jahrhunderts die Oberhand gewinnen? Das würde die Entwicklung in der Welt um viele Jahrzehnte zurückwerfen. Gewiß gibt es keine absolute Sicherheit, doch stellt sich heute die Aufgabe aller zivilisierter Staaten noch dringlicher dar, das Luftpiratentum durch international abgestimmte Aktionen mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen und damit auf ein geringes Minimum zu reduzieren.

Eine besondere Pflicht obliegt hier den Regierungen der arabischen Staaten. Sie dürfen den Terror nicht ermutigen, ihn nicht stillschweigend gewähren und die Terroristen, für die Menschenleben nichts gelten, nicht als Helden feiern lassen. Das verlockt zur Nachahmung und steigert die Wellen tobringender Gewalt. Einige arabische Länder wissen von der Größe der Gefahr und ihre verantwortlichen Führer verringern sie so gut sie es können. Andere arabische Regierungen rühren sich nicht, sie weichen dem innenpolitischen Druck, den Terrororganisationen im Namen eines übersteigerten Nationalismus ausüben. Kann es Hoffnung geben, daß sich diese Regierungen von einer empörten Weltmeinung beeinflussen lassen und nun gemeinsam mit allen von der Piraterie betroffenen Staaten, besser nicht nur mit diesen allein, sich zu wirksamen Abwehrmaßnahmen entschließen? Eine Weigerung könnte möglicherweise den Ruf der internationalen Pilotenvereinigung, den Luftverkehr zu drosseln und bestimmte Bereiche auszuschließen, zum ernsthaften Diskussionspunkt werden lassen.

(ex/30.10.1972/kgg/ee)

+ - +



## Rhein-Schutz in letzter Minute

---

### Großer Kooperationserfolg der Anliegerstaaten

Von Dr. Werner Best

Hessischer Landesminister für Umwelt

Die am 26. Oktober 1972 in Den Haag abgeschlossene Konferenz der Minister der Rhein-Anliegerstaaten sehe ich als Vorsitzender der deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins als einen großen Erfolg an. Davon muß man schon deshalb sprechen, weil es praktisch in letzter Stunde gelungen ist, zum Schutze vor schwerwiegenden Verschmutzungen des Rheins Verpflichtungen der Anliegerstaaten in schriftlichen Formulierungen festzulegen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um drei Punkte:

1/ Die Minderung der hohen Salzbelastung des Rheins soll durch eine Aufhaldung von Rückstandssalzen in Elsaß-Lothringen erreicht werden. Nach über 20jähriger vergeblicher Verhandlung über diesen Punkt wurde jetzt in Den Haag eine Vereinbarung getroffen, die vorsieht, daß von den zurzeit je Sekunde in den Fluß eingeleiteten 120 kg Tonchloriden 60 kg auf Halden gezogen werden. Dies bedeutet, daß die augenblicklich sehr hohe Salzbelastung, die an der niederländischen Grenze die kritischen Werte von 350 Milligramm je Liter erreicht hat, auf ein erträgliches Maß von etwa 200 Milligramm je Liter gemindert wird. Diese Frage ist lebenswichtig für die gesamten Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet, sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite. Die allgemeine Zustimmung konnte nur dadurch erreicht werden, daß sich alle Rhein-Anliegerstaaten an den Kosten der Aufhaldung, die 100 Millionen französische Francs betragen werden, angemessen beteiligen.

2/ Alle Rhein-Anliegerstaaten haben sich verpflichtet, zur Verminderung der organischen und chemischen Verschmutzung des

Rheins bei der Errichtung von Kläranlagen Maßnahmen vorzusehen, die den Bau der Dritten Stufe, der sogenannten chemischen Stufe, ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach dem Verursacherprinzip die Kosten von den jeweiligen Verschmutzern aufgebracht werden müssen.

3/ Die schwierigste Frage im gesamten Verhandlungspaket war die Lösung der sogenannten "thermischer Belastung". Es handelt sich dabei um die Aufwärmung des Rheins durch die Abwärme der Großkraftwerke, insbesondere der Kernkraftwerke. Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Länder zur Reinhaltung des Rheins habe ich im Jahre 1971 den "Wärmelastplan Rhein" veröffentlicht. Aufgrund dieses Planes steht heute fest, daß bis zum Jahre 1985 am Rhein über 30 Großkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rund 43.000 Megawatt installiert sein werden. Für diese geplanten Kraftwerke wurde nach langem, harten Ringen vereinbart, daß sie grundsätzlich mit geschlossenen Kühlsystemen ausgestattet werden müssen, die keinerlei Aufwärmung des Rheinwassers mehr verursachen. Für die Kraftwerke Fessenheim, Philippsburg und Biblis gilt, daß durch sie keine höhere Aufwärmung ausgehen darf als zwei Grad gegenüber der Normaltemperatur im Juli und August. Für die übrige Zeit des Jahres soll weiter verhandelt werden, weil mit der französischen Seite noch keine Festlegung der technischen Einzelheiten erreicht werden konnte. Die Franzosen haben sich aber bereit erklärt, über dieses Thema in erneute Verhandlungen einzutreten. Hierzu erkläre ich, daß die deutsche Seite der Auffassung ist, daß man in keinem Fall auch die Errichtung von Kühltürmen verzichten kann, weil sonst eine unzulässige Wärmebelastung bereits zum jetzigen Zeitpunkt durch nur zehn vH. der vorgesehenen Atomkraftwerke eintreten würde.

Als besonderes Ergebnis darf ich weiter vermerken, daß alle Rhein-Anliegerstaaten auf einen Ausbau der Rheinschutzkommission Wert legen, und daß die Ministerkonferenz bereits im kommenden Jahr erneut zusammentreten soll. (-/30.10.1972/bgy/ox)